

Logo



Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 28.9.2021 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass jegliche von der Bezirksvertretung veröffentlichte Informationen aller Art künftig in mehrsprachiger Ausführung herauszugeben sind und online abrufbar. Neben der deutschen Fassung soll jeweils zumindest eine Übersetzung auf BKS, Türkisch, Polnisch, Rumänisch, Arabisch und Englisch angefertigt werden.

Begründung

Penzing ist ein vielfältiger Bezirk, dessen Einwohner*innen unterschiedlichste Sprachen sprechen. Die Bezirksvertretung Penzing wird auch von nicht-deutschsprachigen Penzinger*innen gewählt und muss sich daher zum Ziel setzen, diese zu vertreten und über Geschehnisse im Bezirk zu informieren.

Eine weitere Aufgabe der Bezirksvertretung ist, über Projekte, wie zum Beispiel das Mitmachbudget oder Grätzlveranstaltungen, das Zusammenleben im Bezirk zu stärken. Dies kann nur gelingen, wenn Menschen nicht durch Sprachbarrieren ausgeschlossen werden. Eine integrative Gesellschaft setzt voraus, dass Menschen auf eine respektvolle Weise geholfen wird Teil der Gemeinschaft werden zu können, statt ihnen das Gefühl zu vermitteln, nicht Adressat*in zu sein. Stattdessen ist es wichtig, allen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie ernstgenommen werden und ihnen gleichermaßen zu ermöglichen am politischen und sozialen Leben teilzunehmen. Gerade jenen vielen Menschen, die neben harter Arbeit und vielfältigen Betreuungspflichten nicht die Möglichkeit haben, ihre Sprachkenntnisse so zu verbessern, um vollkommen mitwirken zu können.

Ferner verhelfen mehrsprachige, öffentliche Informationen ein selbstbestimmteres Leben zu führen, ohne auf Übersetzungen von Kindern oder Kolleg*innen angewiesen zu sein.

Zusammengefasst verursachen Sprachbarrieren Unmündigkeit und Abhängigkeit, sie marginalisieren Menschen und geben ihnen das Gefühl, nicht dazuzugehören.

Folglich führt Mehrsprachigkeit zu mehr Toleranz, Verständnis und Gleichberechtigung, wodurch ein gutes Zusammenleben im Bezirk gewährleistet wird.

Christin Spormann
Bezirksrätin